

Sorgearbeit zu wenig anerkannt

Beim Sozialkongress der Diakonie wird über die Herausforderungen für freie Träger diskutiert

Elena Rauch

Bad Blankenburg. Wenn sich Katja Heinrich, Geschäftsführerin der Lebenshilfe, von der Politik etwas wünschen könnte, dann zu Beispiel dies: dass pflegebedürftige Menschen in den betreuten Wohnformen für ihren tatsächlichen Bedarf ein Anrecht auf Leistungen der Pflegeversicherung haben. Pflegebedürftige können sich ändern, die Pauschale von 266 Euro decke das nicht immer ab. Die Mitarbeiter in den Wohnrichtungen übernehmen das dann, oft über ihre Grenzen.

Ein Punkt von vielen, der an diesem Tag zur Sprache kam. Die Diakoniestiftung Weimar-Bad Liebenstein hatte zum Sozialkongress geladen. „Freie Träger – Motor für eine plurale Gesellschaft“ war das Treffen getitelt. Ein weit gefasstes Thema. Sie betreiben Pflegeheime, Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Kindertageseinrichtungen, beraten verschuldete Menschen, pflegende Angehörige und Familien, bieten sozialpsychiatrische Hilfen und Suchtberatung an, halten Tafeln am Laufen.

Ohne freie Träger wäre die soziale Infrastruktur nicht denkbar. Doch

die stoßen angesichts der Herausforderungen zunehmend an Grenzen. Zum Beispiel in der Großbaustelle Pflege, deren bestehende Strukturen nicht zukunftsfähig sind.

Eine nüchterne wie bekannte Feststellung, und die Politik habe das nach wie vor zu wenig im Blick, konstatierte Beate Hofmann, Biosköfin und Professorin für Diakoniemanagement an der Universität Bielefeld, und brachte die Idee von der „sorgenden Gemeinschaft“ in die Diskussion. Ein Netzwerk helfender Akteure, von Ehrenamtlern, Familien, Nachbarn und Pflegeprofis, die Menschen im Alter begleiten. Denn der Staat allein werde angesichts der demografischen Brüche die Pflege nicht schaffen, so die Bischöfin, man brauche eine soziale Umorientierung.

Inklusionsbetriebe als eine Antwort aufs Fachkräfteproblem

Und die nötigen Rahmenbedingungen. Von bürokratischen Regularien, die Energie fressen ohne Qualitätsverbesserung und deren Entschlackung der Vorstandsvorsitzende der Diakonie Mitteldeutschland, Christoph Stolte, einforderte, bis



Wir brauchen weniger Regulatorik. Sie frisst viel Energie ohne Qualitätsverbesserung.

Christoph Stolte, Vorstandsvorsitzender der Diakonie Mitteldeutschland

hin zur gerechteren Finanzausstattung freier Schulen. Es ist nicht das einzige Thema mit Diskussionsbedarf. Keine Frage, freie Träger seien systemrelevant, so Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke). Aber Handlungsbedarf sieht er auch dort.

Mit Blick auf den Gehältskanal bei der Awo und die staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen den Arbeitslosenhilfverein Talisa, bei denen es um den Vorwurf des Betrugs bei der Fördermittelverwen-

dung geht, sprach er von transparenten Kontrollstrukturen, die Träger brauchen. Ramelow verwies in der Diskussion auch auf die Potenziale der von freien Trägern betriebenen Inklusionsbetriebe. Nicht nur, weil sie Teilhabe ermöglichen, auch als eine Antwort auf die drängende Fachkräftefrage. „Wir brauchen jedes Talent“, betonte er.

Ein Kongress auch, der die Vielzahl der Herausforderungen sozialer Arbeit deutlich machte. Die Pandemie habe allen vor Augen geführt, wie essenziell sie sei, in der Pflege, in der Betreuung von Kindern, erinnerte Beate Hofmann. Ein Diskurs über ihren Wert und die Konsequenzen daraus für den Gesellschaftsvertrag stehe aber immer noch aus.

So sieht es auch Katrin Konrad vom Verband kinderreicher Familien. Die Idee von der „sorgenden Gemeinschaft“ klinge schön, doch sie könne nur funktionieren, wenn Sorgearbeit in den Familien spürbare Unterstützung erhalte. Und eine Wahlmöglichkeit – man sei schon froh, wenn man am Ort überhaupt ein soziales Angebot finde. Die Strukturen, sagt sie, bildeten die wirklichen Bedarfe nicht ab.

DTZ 08.06.2023